



Es bleibt dabei: Auskurieren statt krank zur Arbeit!

Die Deutschen arbeiten nicht genug und melden sich ständig krank? So tönt es immer wieder aus neoliberaler und konservativer Ecke sowie von Arbeitgeberseite. Das Gegenteil ist der Fall! Das viel größere Problem ist, dass Beschäftigte sich krank zur Arbeit schleppen. Hier erklärt der DGB-Experte Rolf Schmucker, wie verbreitet das Problem ist und vor allem: warum?


Hand aufs Herz: Schon mal krank zur Arbeit gegangen? Das tut nämlich die große Mehrheit der Beschäftigten. Die Nase läuft, der Hals schmerzt – aber bei der Arbeit steht ein wichtiger Termin an oder einfach nur der ganz normale Arbeitsstress. Diese Situation kennen viele Arbeitnehmer*innen. Sie gehen zur Arbeit, obwohl sie eigentlich ins Bett gehören.

„Das Phänomen heißt ‚Präsentismus‘“, erklärt Rolf Schmucker, Leiter des DGB-Index Gute Arbeit. Er und sein Team haben mit ihrer Forschung den Präsentismus gründlich untersucht – ihnen liegen Zahlen der letzten zwölf Jahre vor. Präsentismus ist also kein neues Phänomen. „Schon vor der Corona-Pandemie gaben regelmäßig zwei Drittel der Befragten an, auch krank zu arbeiten“, so Schmucker. Während der Pandemie – in den Jahren 2020 und 2021 – gingen die Zahlen dann deutlich zurück. Doch jetzt sind sie wieder auf dem Vor-Pandemie-Niveau angekommen. „Während der Pandemie gab es eine ganz andere Aufmerksamkeit für dieses Thema. Das hat sich leider nicht gehalten“, so Schmucker. In der neuesten Auswertung für 2024 sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: 63 Prozent der Beschäftigten gaben an, auch gearbeitet zu haben, obwohl sie sich ‚richtig krank‘ fühlten. Rund jede*r Fünfte ging weniger als eine Woche krank zur Arbeit. 44 Prozent arbeiteten sogar länger als eine Woche trotz Krankheit.

„Die Frage ist ‚warum tun Beschäftigte das?‘“, sagt Schmucker, „Es gibt starke Zusammenhänge zwischen Arbeitsbelastung

und Präsentismus“. Kurz: Je größer die Belastung, desto eher wird krank gearbeitet. „Das geschieht aus dem Druck heraus – ‚es ist schon so viel Arbeit, wenn ich ausfalle, wird der Stapel noch höher‘ oder es gibt keine guten Vertretungsregeln“, so Schmucker.

Präsentismus ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. „Für die Betroffenen selbst bedeutet es, dass sich ihre Krankheit unter Umständen verschlimmert, wenn sie sich nicht schonen. Bei ansteckenden Krankheiten können sie Kolleg*innen anstecken, insgesamt führt das dann zu mehr Fehltagen, als wenn sie gleich im Bett geblieben wären“, erklärt Schmucker. Auch Arbeitgeber profitieren also nicht davon, dass ihre Beschäftigten krank zur Arbeit erscheinen, im Gegenteil.

Eine gute Nachricht hat Schmucker auch: Arbeitgeber können eine ganze Menge tun, um Präsentismus einzuschränken. Sie können für gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen und eine achtsame Betriebskultur sorgen. Davon profitieren alle Seiten. 



Rolf Schmucker leitet das Institut DGB-Index Gute Arbeit beim DGB-Bundesvorstand. Dazu werden jedes Jahr tausende Beschäftigte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Foto: © privat

Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen: „Gemeinsames Handeln ist unsere Grundidee“

Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag – es gibt eine Reihe von „aufstockenden Leistungen“, wenn das Einkommen nicht reicht. Auch in solchen Fällen kümmert sich Heike Wagner. Sie ist Referentin bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS). „Wir unterstützen Erwerbslosen-Gruppen“, sagt Wagner, „aber es sind nicht nur Menschen ohne Arbeit, die sich an uns wenden – sondern auch viele prekär Beschäftigte, die einfach nicht über die Runden kommen.“

Die KOS unterstützt bundesweit zwischen 500 und 600 selbstorganisierte Gruppen sowie Sozialberatungsstellen. Sie stellen sozialrechtliche Informationen bereit, verschicken Newsletter und geben Materialien zum Download heraus.

Ein wesentliches Anliegen von Wagner ist die Vernetzung von inner- und außergewerkschaftlichen Stellen. Sie betont: „Unser Ziel ist es, gemeinsame Interessen zu vertreten. Das ist die Grundidee von Gewerkschaften.“ Denn prekär Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer*innen und Erwerbslose haben im Kern die gleichen Interessen, betont Wagner. Sie alle streben nach guten Löhnen, fairen Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit. Diese gemeinsamen Ziele sind sowohl für Erwerbslose als auch für Beschäftigte von Bedeutung – sei es, um nach einer Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt einzuweisen oder um im Falle eines Jobverlustes abgesichert zu sein.

3 Fragen an ... Dirk S.*


Dirk ist selbständig und arbeitet im kreativen Bereich als Gestalter und bildender Künstler. Da sein Einkommen nicht ausreicht, bezieht er aufstockende Leistungen aus dem Bürgergeld. Er ist Ende 50 und lebt in Berlin.

Was hat dazu geführt, dass du Bürgergeld erhältst?

Dirk S.: Ich bin selbständig und habe immer gearbeitet. Als Kreativer sind meine Auftraggeber oft Träger im kulturellen und sozialen Bereich tätig, die nur mittlere und kleine Budgets haben. Die Pandemie sowie die aktuellen Sparmaßnahmen in Kultur und Sozialem haben die Situation verschärft. Manchmal arbeite ich – wie viele im Kreativbereich – aus Überzeugung und innerem Antrieb, ohne Bezahlung.

Wie erlebst du die öffentliche Diskussion über das Bürgergeld und die oft damit verbundenen Vorurteile, wie die Annahme, dass Empfänger*innen „faul“ seien?

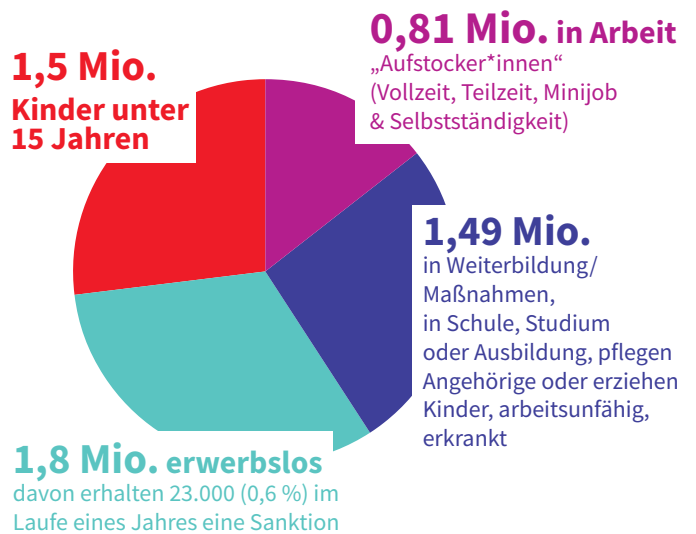
Dirk S.: Diese Diskussion geht völlig an der Lebensrealität vorbei. Ich empfinde sie als diffamierend und beleidigend. Bürgergeldbezieher werden hier zu Sündenböcken gemacht. Die Diskussion lenkt doch nur ab davon, genauer hinzuschauen, und soll Bürgergeldempfänger*innen und Gesellschaft spalten.

Die Diskussionen um das Bürgergeld sieht Wagner kritisch. Sie sieht in den Angriffen auf das Bürgergeld nicht nur einen Angriff auf den Sozialstaat mit seinen sozialen Errungenschaften, sondern auch den Versuch, prekär Beschäftigte und Bürgergeldempfänger gegeneinander auszuspielen. 

www.erwerbslos.de

Bürgergeld


Mehrheit der 5,5 Mio. ist nicht erwerbslos



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand Juli 2024. Alle Angaben gerundet. Die Differenz zwischen den Einzelbeträgen und der Summe ergibt sich durch Rundungen.

Persönlich kenne ich viele Bürgergeldbezieher, die eine gute Ausbildung haben, die einfach nicht die Chance bekommen haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten.

Welche Auswirkungen hätten die vorgeschlagenen schärferen Sanktionen und Kürzungen auf dein tägliches Leben und deine Zukunftsperspektiven?

Dirk S.: Eine Verschärfung von Sanktionen oder Kürzungen empfinde ich als Hetze und das Ausspielen von Arm gegen Arm. Was manche Parteien planen, erinnert an das alte Hartz IV-System, das nur fordert und kaum fördert. Hier hatte gerade das Bürgergeld die Lage verbessert und ich konnte endlich auch sinnvolle Weiterbildungen und Coachings machen. Ich komme finanziell gerade so mit dem Bürgergeld aus, aber wenn größere Anschaffungen wie ein neuer Kühlschrank oder ein neues Telefon anstehen, wird es knapp. Auch sinnvolle berufliche Ausgaben wie einen neuen PC oder seriöse Kleidung, besonders als Selbständiger, sind kaum drin. Ein Zurück zum reinen Fordern würde noch mehr Menschen in sinnlose Jobs drängen, anstatt sie in Fachbereiche zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden. 

*Name geändert

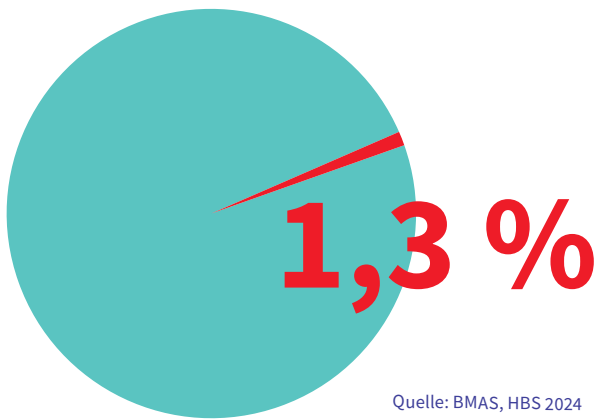
Soziale Sicherheit: verlässlicher Sozialstaat, gerechte Sozialausgaben, Gute Arbeit

Ein robuster Sozialstaat und gerechte Sozialausgaben sichern die soziale Stabilität für alle Bürger*innen. Das ist wichtig, denn die Mehrheit der Deutschen befürwortet eine starke staatliche Absicherung. Die Ausgaben dafür sind im internationalen Vergleich auch nicht besonders hoch. Die Zahlen zeigen auch, der Mythos der sozialen Hängematte stimmt einfach nicht: Viele Bürgergeld-Empfänger*innen sind gar nicht erwerbslos und Präsentismus ist ein ernstzunehmendes Problem. Dagegen hilft: Gute Arbeit.

BÜRGERGELD

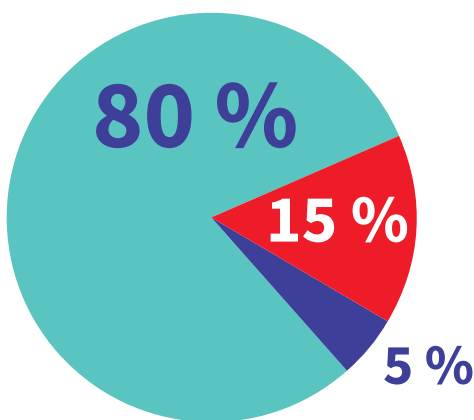
Überschätzte Kosten

Von seiner Wirtschaftsleistung wandte Deutschland für das Bürgergeld auf ...



SOZIALSTAAT

Deutsche wollen einen verlässlichen Sozialstaat



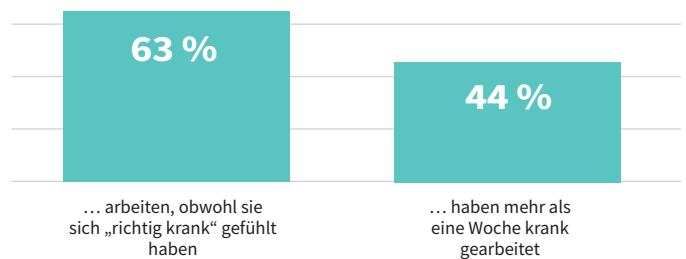
- Ein Großteil/die gesamte Soziale Sicherung sollte verpflichtend sein und automatisch erfolgen
- Nur ein Mindestmaß der sozialen Sicherung verpflichtend und automatisch/Gar keine verpflichtende soziale Sicherung, jede*r sollte freiwillig und individuell vorsorgen.
- Kann ich nicht beurteilen.

Quelle: Sozialstaatsradar 2025

PRÄSENTISMUS: KRANK IM JOB

Präsentismus: Krank im Job

Beschäftigte ...



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2025

Frauen arbeiten häufiger krank

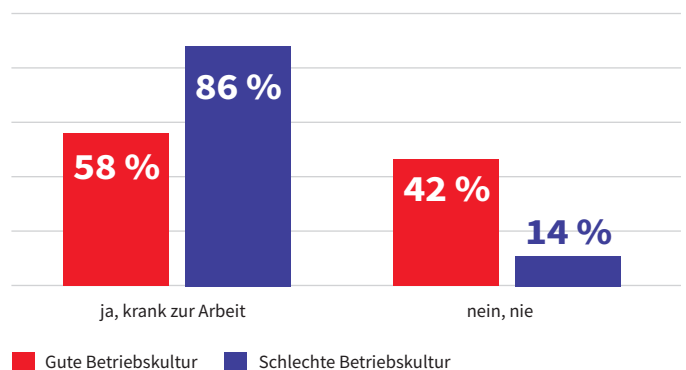
Anteil der Beschäftigten, die trotz Krankheit gearbeitet haben



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2025

Arbeitsbedingungen entscheidend für Auskurieren

Angaben der Beschäftigten, ob sie krank zur Arbeit gehen, nach Betriebskultur



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2025

Sozialmythen im Wahlkampf: Fakten statt Fiktion

Im Wahlkampf kursieren Mythen über Sozialausgaben und Sozialleistungen, die einfache Lösungen versprechen, aber oft verkürzt oder falsch sind. Diese gefährden das Vertrauen in die Sozialpolitik und schüren Ressentiments. Florian Blank und Eike Windscheid-Profeta von der Hans-Böckler-Stiftung beleuchten diese Vorurteile und machen deutlich: eine faktenbasierte Diskussion über soziale Gerechtigkeit ist notwendig.

Mythen der Sozialpolitik

Es ist Wahlkampf – und der Sozialstaat steht wieder in der Diskussion. Behauptet wird unter anderem, die Sozialausgaben seien zu hoch und Sozialleistungen seien zu einfach verfügbar und machten Menschen unproduktiv und faul. Allein: Durch die Diskussion geistern Mythen. Sie verfangen, weil sie einfache Geschichten erzählen, durch eine alarmistische Darstellungsweise Aufmerksamkeit erzeugen und anschlussfähig an Einzelbeobachtungen und Meinungen sind. Bei näherer Betrachtung stellen sie sich jedoch als verkürzte Darstellung komplexer Sachverhalte oder als gänzlich falsch heraus. Solche Mythen bieten keine echten Lösungen, sondern tragen schlimmstenfalls dazu bei, vulnerable Gruppen gegeneinander auszuspielen, Vertrauen in Sozialpolitik zu unterminieren und Ressentiments zu schüren. Es ist daher wichtig, solche Mythen in den Blick zu nehmen und die zugrundeliegenden Behauptungen, aber auch Politikvorschläge einer Überprüfung zu unterziehen und evidenzbasiert einzuordnen.

Aktuell kreisen viele Behauptungen und Vorschläge um den Vorwurf, Menschen in Deutschland seien arbeitsunwillig – und der Sozialstaat trage eine Teilschuld daran, denn er stelle mehr oder minder voraussetzungslos zu umfangreiche Leistungen zur Verfügung. Daher wird Sozialstaatsabbau gefordert: Höhere Hürden für Krankmeldungen, strengere Regeln für Grund-

sicherungsbeziehende, längere Lebensarbeitszeiten. Aber sind die Forderungen gerechtfertigt, noch dazu angesichts eines Höchststandes an Beschäftigung?

Fehlzeiten: Welche Rolle spielt die Lohnfortzahlung?

Der Krankenstand steht auf einem hohen Niveau. Teils wird suggeriert, dass Entgeltfortzahlung und Lohnersatzleistungen dabei eine wichtige Rolle spielten. Diese böten Anreize für Krankmeldungen und führten so zu hohen wirtschaftlichen Lasten für Betriebe. Die hohen Krankenstände seien Ausdruck einer allgemeinen Arbeitsunlust, Beschäftigte missbrauchten die einfache Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung.

Die nackten Zahlen bestätigen zwar einen hohen Krankenstand. Die Gründe dafür sind jedoch ein Anstieg psychischer Erkrankungen – die stark mit arbeitsbedingtem Stress und Arbeitsverdichtung zusammenhängen –, eine verbesserte Erfassung von Krankmeldungen durch Krankenkassen sowie mehr Atemwegserkrankungen im Gefolge der Corona-Pandemie.

Die Zahlen weisen also auf Erkrankungen und auf krankmachende Faktoren im Arbeitsleben hin (und bilden sie immer genauer ab). Was sie nicht zeigen, ist eine Fehlsteuerung durch verbriefte Arbeitnehmer*innenrechte. Eine Reduktion von

Fakten statt Fake News!

Gerade in Wahlzeiten haben falsche Behauptungen, Verkürzungen und Mythen Hochkonjunktur. Damit wollen wir aufräumen! Lass dich nicht täuschen und erfahre, was wirklich stimmt.

Fehlzeiten ließe sich erreichen, wenn in Betrieben Maßnahmen der Prävention sowie der Gesunderhaltung von Beschäftigten flächendeckend umgesetzt würden. Bislang passiert das noch unzureichend und oft nur halbherzig – etwa mit Blick auf Gefährdungsbeurteilungen oder gesundheitsförderliche Führung.

Bürgergeld: Zu hoch und zu einfach verfügbar?

Auch das Bürgergeld wird immer wieder diskutiert: Für Bürgergeldbeziehende, so die Behauptung, seien die Leistungen viel zu hoch und zu einfach zugänglich. Arbeit würde sich für sie nicht lohnen, so gingen wichtige Fachkräfte verloren.

Die empirische Forschung zeichnet ein anderes Bild: Mehrfach wurde berechnet, dass sich Arbeit im Vergleich zum Grundsicherungsbezug in der Regel immer auszahlt. Auch zeigen Daten, dass es nur einen sehr kleinen Anteil an Personen gibt, die aufgrund von Fehlverhalten sanktioniert wurden und werden. Die große Mehrzahl der Grundsicherungsbeziehenden kommt allen Pflichten zuverlässig nach.

Zur Höhe des Bürgergeldes wird angeführt, dass eine weitere Erhöhung eine Art Beleidigung der Erwerbstätigen wäre. Dieser Vorwurf ignoriert jedoch das tatsächliche Verhältnis von Regelbedarf und durchschnittlichen Nettolöhnen und -gehältern sowie die Entwicklung der Verbraucherpreise (bzw. der Kaufkraft). Berücksichtigt man diese, zeigt sich: Die Anpassung der Regelbedarfe erscheint nur dann als „sehr hoch“, wenn die eigentlich zur Beurteilung wesentlichen Vergleichswerte ausgeblendet werden.

Würden die Regelbedarfe eingefroren, wären Bürgergeldbezieher*innen noch weiter von echter Teilhabe entfernt. Zudem änderte sich für alle, die zwar keine Grundsicherung beziehen, es aber mit niedrigen Löhnen und prekären Erwerbssituationen zu tun haben, rein gar nichts. Insofern sind es vor allem zu geringe Löhne und Gehälter, die einer Anpassung bedürfen. Mehr Tarifbindung, auch durch lange überfällige politische Unterstützung, und ein armutsfester Mindestlohn sind die Schlüssel dazu.

Rente: Immer länger arbeiten?

In der Rentenpolitik wird immer wieder gefordert, dass Menschen länger arbeiten (dürfen) sollten. Teils wird die Regelaltersgrenze kritisiert, teils Möglichkeiten des früheren Renteneintritts, teils sollen Rentner*innen durch Anreize bewegt werden, weiterzuarbeiten und einfachere Beschäftigungsmöglichkeiten für Rentner*innen werden angemahnt.

Der Blick der Forschung zeigt zweierlei: Im Durchschnitt arbeiten die Menschen heute bereits länger und gehen später in Rente als frühere Generationen. Gleichzeitig fällt die Erwerbsbeteiligung in den Jahren kurz vor der Rente weiterhin geringer aus und viele Beschäftigte glauben wegen belastender Arbeitsbedingungen nicht, bis zur Rente ihrer Tätigkeit nachgehen zu können. Es gibt bereits viele Möglichkeiten und auch Anreize zur Weiterbeschäftigung. Anstatt über Erleichterungen für die nachzudenken, die im Rentenalter noch arbeiten können und wollen oder über die Anhebung der Altersgrenze zu spekulieren, wäre es sinnvoller, früher anzusetzen und Menschen im Arbeitsleben darin zu unterstützen, gesund und gerne bis zur Rente zu arbeiten.

Nebenbei: Häufig wird so getan, als ob die Rente für besonders langjährig Versicherte ein illegitimes Geschenk wäre und eine Form der Frühverrentung. Aber ist der Renteneintritt mit den notwendigen 45 rentenrechtlichen Jahren wirklich früh?

Fazit

Über Sozialpolitik muss gestritten werden. Zwei Dinge würden der Debatte helfen: Ein klarer Blick auf die Entwicklungen in ihrer Komplexität. Und ein klares Bewusstsein dafür, welche Interessen mit Bewertungen und Politikempfehlungen verbunden sind. Beides würde helfen, dass sich Beobachtungen und Annahmen nicht zu Mythen entwickeln, die die Diskussion bestimmen, obwohl sie doch nur bestenfalls einen Ausschnitt der Realität repräsentieren. ▀



Florian Blank leitet seit 2009 das Referat Sozialpolitik des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Sozialpolitik und die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung.

Foto: © Karsten Schöne



Eike Windscheid-Profeta leitet in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung das Referat Wohlfahrtsstaat und Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft. Zuvor war er im Bereich Wissenstransfer und Wissensmanagement tätig.

Foto: © privat

DGB-Mythencheck zur Bundestagswahl:

www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/bundestagswahl-2025/mythencheck/

IMPRESSUM:

Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund, Anschrift: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion einblick, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Telefon: 030 /240 60-615, E-Mail: einblick@dgb.de **V.i.S.d.P.** Katrin Münch-Nebel **Redaktion** Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit** Luis Ledesma **Layout** 313.de **Druck** und Vertrieb DCM Druck Center Meckenheim GmbH **Abonnements** abo-einblick@dgb.de **E-Mail-Newsletter** www.dgb.de/einblicknewsletter **Nachdruck** frei für DGB und Mitglieds-gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Redaktion. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Redaktion und Autor*innen.

Daseinsvorsorge bietet soziale Sicherheit: Vor Ort gut versorgt? Nur mit mehr Investitionen!

Mo ist alleinerziehender Vater und lebt in einer mittelgroßen Stadt. Jeden Morgen bringt er seine Tochter in den Kindergarten, bevor er zur Arbeit fährt. In seiner Stadt funktioniert der öffentliche Nahverkehr gut: Die Busse und Bahnen fahren regelmäßig. Auch die Müllabfuhr kommt pünktlich. Strom und Wasser fließen zuverlässig aus der Leitung. Doch als Mo einen neuen Personalausweis beim Bürgeramt beantragen wollte, musste er lange auf einen freien Termin warten. Die Rettungsstelle des Krankenhauses in der Nähe hat zugemacht und das öffentliche Schwimmbad ist wegen Sanierungsbedarf geschlossen. Die Stadtverwaltung hat aufgrund finanzieller Engpässe angekündigt, bei Freizeit-Angeboten und Kultur zu kürzen. Mo ist besorgt, ob er und seine Familie in Zukunft noch gut versorgt sind vor Ort. Jede*r begegnet ihnen im Alltag und für die meisten sind sie völlig selbstverständlich: den öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Feuerwehr, Polizei, Müllabfuhr, das Bürgeramt, Busse und Bahnen, Kindergarten und Schule gehören dazu – sind also Teil der staatlichen Grundversorgung der Bürger*innen. Sie sind zentraler Bestandteil unseres täglichen Lebens und wichtig für eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft. Von ihrem guten Funktionieren hängen die Lebensqualität, soziale Sicherheit und Chancengleichheit ab.

Ein aktiver Staat, der gezielt investiert, ist entscheidend, um die Daseinsvorsorge sicherzustellen und weiterzuentwickeln. In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch ein erheblicher Investitionsstau aufgebaut, der die Qualität und Verfügbarkeit dieser Angebote gefährdet. Bund, Länder und Kommunen müssen daher verstärkt investieren, um eine gute und flächendeckende Versorgung mit diesen Angeboten zu erhalten beziehungsweise sie auszubauen und klimafreundlich zu modernisieren. Eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge stellt auch einen wichtigen Standortvorteil dar: ob sich ein Unternehmen langfristig ansiedelt und damit Arbeitsplätze schafft, hängt auch davon ab, wie gut der Standort an Straßen, Schienen und das Internet angebunden ist. Ob das Unternehmen dann Mitarbeiter*innen findet, wird auch dadurch beeinflusst, ob es in der Nähe genü-

gend bezahlbare Wohnungen gibt und ob sie Kitas, Schulen, Sport- und Freizeitaktivitäten vorfinden.

Kommunen spielen eine Schlüsselrolle, da sie viele öffentliche Dienstleistungen vor Ort bereitstellen. Doch oft stehen sie vor besonderen finanziellen und personellen Herausforderungen. Viele Kommunen haben ihre Haushalte mit Finanzspritzen auf Pump stabilisiert. So hat sich ein Berg von Altschulden angesammelt, der jetzt Spielräume für notwendige Investitionen einengt und Spardruck erzeugt. Der Rotstift wird dabei zualtererst bei den freiwilligen Aufgaben z. B. im Freizeit- oder Kulturbereich angesetzt. Auch die personellen Engpässe haben Folgen: Bürgerämter sind häufig unterbesetzt, was zu langen Wartezeiten führt. Bauämter haben Schwierigkeiten, notwendige Infrastrukturprojekte voranzutreiben. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern, fordern Gewerkschaften u.a. eine solidarische Entschuldung, bei der Bund und Länder die kommunalen Altschulden übernehmen. Grundsätzlich brauchen die Kommunen eine breitere Einnahmehasis und ein nachhaltig stabiles finanzielles Fundament, z. B. indem die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer reformiert wird oder die Länder ihre Kommunen besser ausstatten.

Die Gewerkschaften setzen sich für umfassende Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge ein. Sie fordern, dass Investitionen in lebenswerte Städte, bezahlbaren Wohnraum, funktionierenden Nahverkehr und ein hochwertiges Bildungssystem von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Denn die öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr als nur eine staatliche Aufgabe. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft. Wenn sie funktioniert und den Alltag der Menschen erleichtert, wird der „Staat“ vor Ort erfahrbar. Gute Daseinsvorsorge ist damit auch ein Mittel gegen Gefühle des Abgehängtseins, Frustration und Politikverdrossenheit. Ein aktiver Staat, der in die Daseinsvorsorge investiert, stärkt damit nicht nur das Vertrauen in die Politik, sondern sichert auch den sozialen Zusammenhalt. ▀

<https://www.dgb.de/geld/investitionen/#c13717>





Urteile Aktuelle Entscheidungen zum Arbeits- und Sozialrecht

KEIN UNFALLSCHUTZ BEIM TABLETTEN-HOLEN

Eine Näherin, die eine Arbeitspause einlegt, um von ihr vergessene, regelmäßig eingenommene Medikamente aus ihrem Auto zu holen, steht dabei nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin trat kurz vor 6 Uhr morgens ihre Frühschicht in einer Näherei an. Zu ihrem Arbeitsplatz war sie mit ihrem Pkw gefahren und hatte diesen in der Nähe des Betriebs auf einem öffentlichen Parkplatz abgestellt. Gegen 9:30 Uhr bemerkte sie, dass sie die von ihr regelmäßig einzunehmenden Epilepsie-Tabletten in ihrem Pkw vergessen hatte. Da ihre Schicht erst gegen 11 Uhr enden sollte, ging sie zu ihrem Auto, um die Tabletten zu holen. Auf dem Rückweg zur Arbeit stürzte sie auf einem Fußweg und brach sich das rechte Handgelenk. Die Berufsgenossenschaft lehnte es ab, dieses Ereignis als Arbeitsunfall anzuerkennen. Die hiergegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Einnahme von Medikamenten gehört nicht zu den arbeitsvertraglichen Pflichten, sondern ist dem nicht versicherten, persönlichen Lebensbereich zuzuordnen. Hätte die Frau mit der Einnahme der Epilepsie-Tabletten bis zum Schichtende gewartet, wäre ihre Arbeitsfähigkeit nicht gefährdet gewesen. Dies hat der durch das Gericht gehörte behandelnde Arzt so mitgeteilt. Besteht ein bloß abstraktes Risiko, dass es ohne die regelmäßige Einnahme der Tabletten während der Arbeitszeit zu einem Epilepsie-Anfall kommt, so liegt die Einnahme vorrangig im privaten Interesse und damit im nicht versicherten Bereich. **Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 26. September 2024 - L 21 U 40/21**



Illustration: © istock/Kudryavtsev Pavel

WEGEUNFALL NACH PRIVATEM WOCHENENDAUSFLUG

Ein Arbeitsunfall kann vorliegen, wenn eine Beschäftigte nach einem privaten Wochenendausflug auf dem Weg zu ihrer Wohnung verunglückt, weil sie dort Arbeitsschlüssel und -unterlagen vor Arbeitsantritt abholen wollte. **Bundessozialgericht, Urteil vom 26. September 2024 - B 2 U 15/22 R**

BERLINER RECHTSREFERENDAR*INNEN GESETZLICH UNFALLVERSICHERT

Berliner Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die sich im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit verletzen, sind gesetzlich unfallversichert. Die Unfallfürsorge der Berliner Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare richtet sich nicht nach den beamtenrechtlichen Vorschriften; es besteht vielmehr Schutz in der gesetzlichen Unfallversicherung. **Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 4. Dezember 2024 - L 3 U 4/23**

IMMOBILIENVERMÖGEN VON BÜRGERGELDEMPFÄNGERN NICHT IMMER GESCHÜTZT

Bürgergeldempfänger gelten nicht als hilfebedürftig, wenn sie ein (zu) großes Einfamilienhaus gebaut haben und dessen Wert zur Sicherung des Lebensunterhalts nutzen können. **Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 7. Januar 2025 - L 11 AS 372/24 B ER**



Illustration: © istock/OlyaOk

VERGÜTUNG VON VORGRIFFSSTUNDEN

Lehrer*innen haben Anspruch auf Vergütung von Vorgriffsstunden, die wegen eines Feiertages ausgefallen sind, nicht jedoch für in die Schulferienzeit fallende Vorgriffstunden. **Arbeitsgericht Halle, Urteil vom 10. Juli 2024 - 3 Ca 1900/23**

ANGRIFF AUF BETREUER*IN KANN ARBEITSUNFALL SEIN

Wenn eine Betreute ihrem ehrenamtlichen Betreuer eine Vase auf den Kopf schlägt, kann das für das Opfer ein Arbeitsunfall sein. Dies gilt auch dann, wenn die Beteiligten miteinander verwandt sind und der Vorfall sich in der gemeinsamen Wohnung ereignet. Voraussetzung ist, dass der Angriff infolge der Betreuer Tätigkeit erfolgt ist. **Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 26. Juni 2024 - L 6 U 19/23**



Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell, DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel und die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack (v.r.n.l.) Ende Januar in Berlin.

DGB fordert massive Investitionsoffensive: „Jetzt handeln für eine starke Zukunft!“

Eine umfassende Investitionsoffensive muss her, um die deutsche Wirtschaft aus der Krise zu führen und den Sozialstaat zu stärken. Das machte der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand auf der Jahres-Pressekonferenz des DGB Ende Januar in Berlin deutlich. Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi warnte vor einer sich verfestigenden Wirtschaftskrise, die durch Managementfehler und strukturelle Defizite verursacht wird. „Ein starker Sozialstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft“, betonte sie und forderte von der Regierung, die Schuldenbremse zu lockern und dringend in die Infrastruktur zu investieren. ■

Sozialstaatsradar 2025: Deutsche wollen soziale Absicherung

Die Menschen in Deutschland wünschen sich einen stärkeren und verbindlichen Sozialstaat – und würden dafür höhere Beiträge in Kauf nehmen. Das zeigen Zahlen aus dem Sozialstaatsradar 2025, den der DGB mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und der Arbeitskammer des Saarlandes durchgeführt hat. Demnach befürworten 80 Prozent der Befragten eine verpflichtende soziale Sicherung durch öffentliche Institutionen, die automatisch erfolgt. Die Umfrage zeigt, dass 63 Prozent der Bürger bereit sind, etwas höhere Beiträge zu zahlen, um das aktuelle Rentenniveau zu sichern, und weitere 12 Prozent würden

für bessere Leistungen sogar deutlich höhere Beiträge akzeptieren. Ähnliche Zustimmungswerte ergaben sich auch im Bereich Gesundheit und Pflege. Bemerkenswert ist, dass 23 Prozent der unter 30-Jährigen bereit sind, höhere Rentenbeiträge zu leisten. In der Pflegeversicherung befürworten 49 Prozent der Befragten eine Umkehr des aktuellen Systems, sodass die Pflegekasse die Kosten übernimmt und die Eigenanteile gedeckelt werden. Die Ergebnisse des Sozialstaatsradars zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen sich eine solidarische, starke soziale Absicherung wünscht, die vom Staat übernommen werden soll. Die sozialen Sicherungssysteme spielen eine wichtige Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zufriedenheit der Bürger*innen. ■

DGB-Preis für gute Arbeit in der frühen Bildung!

Der DGB lobt zum 2. Mal den Zusatzpreis „Attraktivität der Arbeit“ im Rahmen des Deutschen Kita-Preises aus. Mit dem DGB-Preis werden Kitas und Bündnisse ins Rampenlicht gerückt, die ihren Beschäftigten hervorragende Arbeitsbedingungen bieten. Bewerben können sich alle Kitas und lokalen Bündnisse für frühe Bildung bis zum 7. März 2025. Für die Teilnahme müssen die Bewerber den Nominiertenstatus für den Deutschen Kita-Preis erreicht haben. Die Preisverleihung findet im November 2025 in Berlin statt. ■ www.deutscher-kita-preis.de/bewerbung

einblick newsletter als E-Mail

Immer und überall auf dem neuesten Stand: Hier können Sie den einblick als E-Mail abonnieren.

dgb.de/einblicknewsletter

